



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-
Konferenz BPUK
Generalsekretariat
Haus der Kantone
Speichergasse 6
3000 Bern 7

Basel, 16. Dezember 2015

Regierungsratsbeschluss vom 15. Dezember 2015

Umfrage der BPUK betreffend Integration des Netzbeschlusses (NEB) in den Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 23. November 2015 haben Sie den Vertreter des Kantons Basel-Stadt in der BPUK, Herrn Regierungsrat Dr. Hans-Peter Wessels darum gebeten, die Haltung des Gesamtregierungsrates betreffend eine Mitfinanzierung des Netzbeschlusses NEB durch die Kantone abzufragen.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst das von der BPUK vorgeschlagene Vorgehen einer Kantonsbeteiligung zur Integration des Netzbeschlusses (NEB) in den Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF). Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Schaffung des NAF damit nicht gefährdet wird.

Unsere Haltung zu den Kernaussagen der BPUK an die ständerätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-S) finden Sie in der Beilage zu diesem Schreiben.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin

Beilage: Kernaussagen der Antwort an die KVF-S



Kernaussagen der Antwort an die KVF-S	JA	NEIN
Die Kantone unterstützen die Schaffung eines Fonds für Nationalstrassen und Agglomerationsverkehr.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Die Inkraftsetzung des NEB ist wichtig für ein kohärentes, regional ausgewogenes Nationalstrassennetz. Ohne NEB ist der NAF eine reine Nationalstrassen- und Agglomerationsvorlage und bringt für die Berggebiete und Randregionen erhebliche Nachteile. Mit dem NEB wird das Gleichgewicht der Vorlage verbessert.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Wenn der NEB in den NAF integriert wird, sind die Kantone bereit, einen Beitrag von total 60 Mio. Franken zu leisten.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Der Beitrag erfolgt einnahmeseitig mit einer Kürzung der Mittel in der SFSVneu gemäss Modellrechnung 2.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Wenn die SFSVneu unterdotiert ist, muss der Ausgleichsmechanismus aus der Automobilimportsteuer zum Zuge kommen. Die heutige Kann-Formulierung ist durch eine Muss-Formulierung zu ersetzen. So ist sichergestellt, dass der Bund seine finanzielle Verantwortung in der Verbundaufgabe „Kantonsstrassen“ weiterhin wahrnimmt.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Der Vorschlag der KVF-S, die Beiträge an die Agglomerationsprogramme auf 9-12 % festzusetzen, soll umgesetzt werden.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Die Kantone raten zum heutigen Zeitpunkt von einer Verknüpfung des NAF mit einer Preiserhöhung der Vignette ab. Dieses Vorgehen wird als politisch nicht durchsetzbar erachtet und würde der Milchkuh-Initiative Vorschub leisten. Hingegen können sich die Kantone die Preisanpassung der Vignette zusammen mit der Einführung der E-Vignette vorstellen, zumal der heutige Vignettenpreis unter Berücksichtigung der Teuerung und der stark verbesserten Leistung klar zu tief ist.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Die Kantone können einer Verschiebung des Mineralölsteuerteilers bis maximal 60%-40 % zustimmen, wenn die Realisierung des NEB dadurch ermöglicht wird. Die Kantone erwarten bei einer solchen Lösung, dass sich die staatstragenden Verbände von der Milchkuh-Initiative distanzieren.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Die Ausbauten sind zu staffeln. Die vorhandenen Mittel bestimmen den Umfang der Ausbauschnitte. Es ist deshalb nicht erforderlich, von Anfang an 105 Mio. Franken für Betrieb, Unterhalt und Ausbauten einzusetzen.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Bundesrat und Parlament müssen bei der Festlegung der STEP-Programme die nationale Kohärenz beachten. Baureife Projekte sind prioritär zu behandeln.	<input checked="" type="checkbox"/>	
Da die Kosten für Betrieb und Unterhalt der NEB-Strecken von Bund und Kantonen unterschiedlich beurteilt werden, soll ein entsprechendes Reporting erstellt werden. Dies dient der Transparenz und stellt sicher, dass die Mittel effizient eingesetzt werden.	<input checked="" type="checkbox"/>	

Bemerkungen

Keine